

Avanti

2

Theoriebeilage

Der Staat:
Schein und Sein

ISO Rhein-Neckar

Nach der Wahl – neue Angriffe?



Solidarische Gegenwehr!

INHALT

TITEL

01 NACH DER WAHL

Vor neuen Angriffen?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH

Herbstmobilisierungen

BUNDESTAGSWAHL

03 NACH DER WAHL

Vor neuen Angriffen?

KLIMA

04 KLIMABEWEGUNG

Internationaler Aktionstag

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

05 GDL-STREIK

Solidarität mit diesem Arbeitskampf?

06 DGB-HOFFMANN

Solidarität als Fremdwort

07 BR-MOBGING

Wie abwehren?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
nach den Bundestagswahlen wird der Klassenkampf von oben verschärft werden.

Es gilt jetzt die Kosten für die Pandemiepolitik der Herrschenden und für die „klimaneutrale Transformation“ des Kapitalismus zu begleichen.

Wir beschäftigten uns aber nicht nur mit dem Wahlergebnis, sondern vor allem mit außerparlamentarischen Bewegungen und Kämpfen. Denn nur dort kann die Kraft für überzeugende Alternativen zur verheerenden Logik des globalen Profitwachstums entstehen.

In der Theoriebeilage beleuchten wir die Funktion des bürgerlichen Staats.

Wir hoffen auf Euer Interesse an dieser Oktober-Ausgabe von *Avanti*².

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

08 BR IM VISIER

Vor der 8. Konferenz

GESUNDHEITSWESEN

09 KLINIKSCHLIESSUNGEN

Auch im Neckartal?

WOHNEN

10 MIETENDEMO

Ein Erfolg

POLITISCHE BILDUNG / ISO

11 VERKEHRSWENDE

GDL-Streik und Klimabewegung?

RÜCKBLLENDE / TERMINE

12 1921

Verheerende Explosion bei der BASF

THEORIEBEILAGE

01 DER BÜRGERLICHE STAAT

Schein und Sein?

Frankreich

Landesweiter gewerkschaftlicher Aktionstag im Oktober

E. B.

Seit 18 Monaten nutzen Regierung und Kapital auch in Frankreich die Pandemie für ihre Zwecke aus. Die Angriffe auf die sozialen Rechte und die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschärfen sich.

Prekarisierung von Arbeit und Ausbeutung des Kündigungsschutzes sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor stehen auf der Agenda der Herrschenden. Die ab dem 1. Oktober 2021 in Kraft tretende „Reform“ der Arbeitslosenversicherung schwächt die Rechte der Erwerbslosen und senkt das Arbeitslosengeld. Zudem steigen – wie in Deutschland – spürbar die Lebenshaltungskosten ohne entsprechende Lohnsteigerungen.

Unsere Genossinnen und Genossen der NPA (Neue Antikapitalistische Partei) fordern deshalb eine allgemeine monatliche Lohnerhöhung um 300 Euro netto für alle und einen Mindestmonatslohn von 1800 Euro netto. Außerdem treten sie für das Verbot von Entlassungen und die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle ein.

Das Geld dafür ist da. Mit Stand vom 1. Juni 2021 verfügen die französischen Milliardäre über ein Privatvermögen von rund 492 Milliarden Euro.

Am 5. Oktober 2021 findet ein branchenübergreifender Aktionstag für die Rechte der arbeitenden Klasse mit Streiks und Demonstrationen in ganz Frankreich statt. Das ist ein erster Test der

Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften und der politischen Linken nach der Sommerpause.



Solidaritätskundgebung mit Streikenden des Reinigungsgewerbes in Paris, 21. September 2021.

Foto: Copyright Photofreight Rouge / Ma

Nach der Wahl – neue Angriffe? Solidarische Gegenwehr!

U. D.

Unabhängig von möglichen Regierungskoalitionen stehen die wirklichen Wahlgewinner bereits fest: Das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine Profiteure, die sich weiter ungehindert bereichern werden. Die Wahlverlierer sind CDU/CSU und Linkspartei. Aber wirklich verloren haben die arbeitende Klasse und das Klima.

Rund 95% der gewählten Abgeordneten vertreten kapitalistische Parteien unterschiedlicher Richtungen. Ihnen gemeinsam ist, dass sie den Kapitalismus nicht grundsätzlich in Frage stellen. Worüber sich Kapital und neoliberale Ideologen besonders freuen dürften: Der Antikapitalismus hat auf Massenebene zurzeit keine Anziehungskraft.

Niedergang der „Volksparteien“?

Über Jahrzehnte hinweg waren CDU/CSU und SPD die tragenden Säulen des parlamentarischen Systems. Angesichts der Krisen des Kapitalismus und deren Folgen für Mensch, Natur und Gesellschaft haben die politischen Antworten dieser „Volksparteien“ an integrativer Kraft verloren. Dennoch erhalten sie immer noch 50 % der abgegebenen Stimmen.

Schöne neue Welt – Grüne und FDP

Die Hoffnung der Neoliberalen in beiden Parteien scheint sich endlich zu erfüllen: Es wächst zusammen, was zusammengehört. Öko- und Neoliberale sehen die Chance, ihre Inhalte erfolgreich in eine Regierungskoalition einzubringen. Damit droht eine kapitalfreundliche öko-neoliberale Politik, für die das Soziale nur im Rahmen einer notwendigen Befriedung des „Wahlvolkes“ von Bedeutung ist.

Nazis, AFD und Corona-Leugnung

Millionen Menschen haben reaktionäre oder offen faschistische Parteien gewählt. Autoritäre, rassistische, anti-semitische und faschistische Ideologien haben erfolgreich den öffentlichen Raum zurückerobert, sich im Parlament verankert und die gesellschaftliche Diskussion nach rechts verschoben.

Dies stellt eine reale Gefahr dar. Umso wichtiger sind antifaschistische Mobilisierung und

Aufklärung. Dabei muss deutlich gemacht werden, dass Antifaschismus ohne Antikapitalismus und ohne gewerkschaftliche Mobilisierung keinen Erfolg haben wird.

Die angepasste Linkspartei

Die Außenwirkung der Linkspartei wird maßgeblich durch die Spitze ihrer Parlamentsfraktion geprägt. So ist das Bild einer systemintegrierten Partei entstanden, die sich nicht an der Überwindung des Kapitalismus, sondern an der Überwindung der 5%-Hürde orientiert. Die nicht mehr das Notwendige, sondern das „Machbare“ im Blick hat und die vor allem ihre Regierungsfähigkeit beweisen möchte.

Hauptverlierer: arbeitende Klasse ...

Längst zahlt die arbeitende Klasse die Zechen für die kapitalistische Krise. Steigende Mieten, steigende Energiepreise, Angriffe auf soziale Sicherungssysteme, digitale Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung, Betriebsschließungen, prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Niedriglöhne usw. sind längst Alltag geworden.

Das jetzige Parlament und die kommende Regierung werden daran nichts ändern. Ganz im Gegenteil: Die Pandemiekosten und der ökologisch-digitale „Umbau“ der Gesellschaft sollen noch radikaler auf Kosten der arbeitenden Klasse finanziert werden.

... und Klima

Auch wenn fast alle Parteien den Klimawandel zum Wahlthema gemacht haben, wird es keine wirksamen Veränderungen geben. Ein konsequenter ökologischer Umbau würde die Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft erfordern. Die übergroße Mehrheit der Abgeordneten ist dazu nicht bereit und will weder den Kapitalismus abschaffen, noch die Kapitalmacht brechen.

Was tun!

Von der neuen Bundesregierung positive Veränderungen zu erwarten, würde weiter lähmen. Stattdessen müssen, wo immer möglich, außerparlamentarische Bewegungen aufgebaut und miteinander vernetzt werden.

Besondere Bedeutung hat dabei die politische Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften. Nur wenn dort die politische Linke ihren Einfluss wieder vergrößern kann, werden solidarische Ideen auch auf Massenebene wieder populär. Nur so kann eine breite antikapitalistische Bewegung aufgebaut werden, die sowohl Neoliberalismus als auch Faschismus zurückdrängen kann.

Dazu müssen die politische und die gewerkschaftliche Linke ihre Kräfte bündeln, statt politische Eigenheiten und Nischen zu kultivieren. Dies kann gelingen, wenn sie gemeinsam und solidarisch eine außerparlamentarische soziale und ökologische Front der gesellschaftlichen Gegenwehr aufbaut. ■



FFF-Demo in Mannheim, 24. September 2021.

Globaler Klimastreik „Das System aushebeln“

N. B.

So wie es ist, geht es nicht weiter. Das wissen wir schon lange. Doch seit nunmehr drei Jahren drängen insbesondere junge Menschen vermehrt darauf, dass sich etwas grundlegend ändern muss. Diese Notwendigkeit hat auch Fridays for Future mit dem Motto des globalen Klimastreiks am 24. September 2021 - „Uproot the system“ („Das System aushebeln“) - aufgegriffen.

In der Rhein-Neckar-Region gingen tausende Menschen an diesem Tag auf die Straße. Sie demonstrierten für eine Klimapolitik, die diesen Namen wirklich verdient hat. Allein in Mannheim zogen mehr als 4.000 Menschen vom Alten Meßplatz aus durch die Innenstadt, Aktive der ISO Rhein-Neckar mittendrin.

Auf den Streiktag hatten sich die Klima-Aktivist*innen sowohl in Mannheim am Alten Meßplatz als auch in Heidelberg auf der Neckarwiese mit einem einwöchigen Camp vorbereitet. Sie hatten damit deutlich gemacht: Es geht nicht nur um einzelne herausragende Ereignisse wie den globalen Klimastreik, sondern auch um kontinuierliche, intensive Vernetzung und Austausch.

Kinder und Omas

Auf der Demo stach sofort ins Auge: Ein Wandel der Klimapolitik ist nicht nur den jüngeren Generationen ein Anliegen. Menschen jeden Alters setzten sich am 24. September 2021 für mehr Klimagerechtigkeit ein. Zu den besonders überzeugten und überzeugenden Teilnehmenden gehörten die vielen Kinder. Kindergarten- und Schulkinder forderten in gemeinsamen Sprechchören die Umstehenden auf: „Leute, lasst das Glotzen sein, reiht euch in die Demo ein!“ Sie erklärten auch gleich, dass sie deshalb „hier und laut“ sind, „weil ihr uns die Bildung klagt!“

Systemwandel?

Nicht nur in der Altersspanne war die Demonstration sehr vielfältig, sondern auch in der politischen Ausrichtung der Teilnehmenden. Während die einen sich große Illusionen über einen grünen Kapitalismus zu machen schienen, zeigten andere klar antikapitalistische Überzeugungen. Von Vertreter*innen der SPD und der Grünen bis hin zu Antifaschist*innen und Sozialist*innen beteiligten sich Menschen an der Demo.

Den Slogan „System change not climate change“ („Systemwandel statt Klimawandel“) schienen aber viele der Teilnehmenden zu unterstützen. Zunehmend mehr Aktive der Klimagerechtigkeitsbewegung kommen offenbar zu dem radikalen Schluss: Wir können eine lebenswerte (Um-)Welt nur dann erreichen, wenn wir Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändern. Das bedeutet in der Konsequenz, dass die Profitlogik des Kapitalismus überwunden und die Produktion von den Arbeitenden kontrolliert werden muss. Nur dann können wir Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend der Bedürfnisse der großen Mehrheit der Menschen, der arbeitenden Klasse, und der Umwelt neugestalten.

Klassen- und Klimakämpfe

Unser auf der Demo verteiltes Flugblatt „Kapitalismus grünfärben

oder Klimakatastrophe verhindern?“ mit der Ankündigung des ISO-Infoabends zum GDL-Streik stieß auf freundliches Interesse und spürbare Zustimmung. Zudem konnten wir auch die *Streik Zeitung* zur Unterstützung des Tarifikampfs der GDL verteilen. Nur wenige Menschen schienen den Zusammenhang zwischen dem Ausstand des Bahnpersonals und dem Klimastreik nicht sehen zu können oder zu wollen.

Der globale Klimastreik am 24. September 2021 hat Mut gemacht. So viele Menschen haben wir schon lange nicht mehr auf Mannheims Straßen gesehen. Besonders gefreut hat uns, dass immer mehr Aktive der Klimabewegung den Zusammenhang zwischen sozialen und ökologischen Fragen erkennen und den Kapitalismus grundlegend anzweifeln. Diese Einsicht muss sich nun mehr und mehr in Taten umsetzen. ■



FFF-Demo in Mannheim, 24. September 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

Solidarität mit dem GDL-Streik in Mannheim und Umgebung

H. S.

Für uns war klar, dass wir mit dem GDL-Streik solidarisch sein müssen. Der Versuch des Vorstands der DB AG, den Streik zu kriminalisieren und die Gewerkschaft dauerhaft zu schwächen, war für uns eine zusätzliche Motivation.

Einer unserer Aktiven hat dem Mannheimer GDL-Büro einen Besuch abgestattet und so den direkten Kontakt hergestellt.

Wir haben die GDL zu unserem ISO-Infoabend „Arbeitskampf bei der Deutschen Bahn AG – ein politischer Streik?“ am 27. August 2021 eingeladen. Dadurch gelang es uns kurzfristig, den Kollegen Lutz Dächert – Bezirksvorsitzender der GDL Süd-West – als Referenten zu gewinnen.

Die Beteiligung des Kollegen erwies sich als Glücksfall. Wir erhielten so wenige Tage vor der dritten Streikrunde Informationen nicht nur zur Situation der GDL und der DB AG, sondern auch zum aktuellen Konflikt aus erster Hand. (Siehe hierzu den Bericht in *Avanti*² von September 2021, S. 6.)

Verteilen der Streik-Zeitung

Eine Woche später, am 3. September 2021, schauten einige Aktive erneut beim GDL-Büro vorbei. Anschließend verteilten sie vor und im Mannheimer Hauptbahnhof die *Streik Zeitung*.

In den wenigen an diesem Tag in Mannheim haltenden ICE und TGV konnten jeweils zwei Aktive die *Streik Zeitung* an die Fahrgäste weitergeben. Eine weitere Person wartete draußen an der offenen Wagentür und achtete darauf, dass alle Aktiven den Zug wieder rechtzeitig verlassen konnten.

Einfacher gestaltete sich die Verteilung in den Regionalbahnen, die schon mehrere Minuten vor der planmäßigen Abfahrt am Bahnsteig hielten. Eine Zugbegleiterin, die uns bei unserer Aktion beobachtete, ließ uns anstandslos gewähren.

IG BCE Weinheim solidarisch

Am selben Tag fand nachmittags die Vorstandssitzung der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE statt. Der stellvertretende GDL-Betriebsvorsitzende Jens-Peter Lück informierte den Ortsvorstand einschließlich der anwesenden Weinheimer DGB-Vorsitzenden über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung mit der DB AG.

In der Diskussion wurde die Rolle einzelner DGB-Gewerkschaften kritisch hinterfragt. Hingegen fand der konsequente Kampf der GDL für die Interessen ihrer Mitglieder große Anerkennung. Der Vorstand der Ortsgruppe der IG BCE Weinheim sprach sich für eine solidarische Unterstützung des Streiks der Bahnbeschäftigten aus. Er will dabei auch die *Streik Zeitung* verbreiten.

Unterstützung der Karlsruher Streik-Demo

Am Montag, den 6. September, beteiligte sich eine kleine Gruppe

von Mannheimer Aktiven an der dezentralen Streik-Demo der GDL in Karlsruhe. Auch dort konnte die *Streik Zeitung* gemeinsam mit GDL-Mitgliedern gut verteilt werden. Insgesamt etwa 160 Streikende hatten sich am Karlsruher Schloss zur Kundgebung eingefunden.



Norbert Quitter, stellvertretender Bundesvorsitzender der GDL, hielt die Hauptrede vor der anschließenden Demonstration. Aufgrund der Blockadepolitik des DB-Vorstandes sei keine schnelle Einigung zu erwarten. Deshalb müssten sich die GDL-Mitglieder auf die notwendige Fortsetzung des Streiks einstellen. Die Anwesenden unterstützten diese Aussage mit lautstarkem Beifall.

Fortsetzung folgt Ende 2023

Mit dem Abschluss eines für die GDL akzeptablen Tarifvertrags am 22. und 23. September 2021 hat die Gewerkschaft die kämpferische Auseinandersetzung mit der DB-Konzernführung vorerst erfolgreich beenden können.

Ab Anfang November 2023 werden dann die Karten neu gemischt. Alle, die sich für Gewerkschaftsrechte und für eine wirksame Verkehrswende einsetzen, sollten sich diesen Termin schon jetzt vormerken. ■

Solidarität als Fremdwort?

DGB-Chef Hoffmann und der GDL-Streik

U. D.

Das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum 1. Mai 2021 lautete „Solidarität ist Zukunft“. Daran konnte sich der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann offensichtlich nicht mehr erinnern. Statt den Streikenden der GDL solidarisch den Rücken zu stärken, grätschte er ihnen mit seiner Polemik in die Beine.

Hoffmann warf der GDL unter anderem vor, Teilinteressen gegen „das Gesamtinteresse aller anderen Bahn-Beschäftigten“ durchsetzen zu wollen. Die GDL wolle nicht weiter verhandeln, obwohl das DB-Angebot und die GDL-Forderung nicht weit auseinander lägen. Zudem wolle sie nur die eigene Organisation erhalten und stärken.

Der DGB-Vorsitzende hat damit ohne Zwang den antigewerkschaftlichen Stimmen „Munition“ in der Debatte über Sinn und Rechtmäßigkeit von Streiks in „system-relevanten“ Bereichen geliefert.

Hoffmanns bürokratische Tradition

Hoffmanns Angriff auf eine „kleine“ und kampfbereite Gewerkschaft ist seit Jahren die Mehrheitsposition im DGB.

2005 versuchte die Führung der Gewerkschaft ver.di erfolglos, mit Hilfe der Arbeitsgerichte der Fluglotsengewerkschaft die Tariffähigkeit und damit den Status als Gewerkschaft aberkennen zu lassen.

2007 propagierte die Führung von TRANSNET, der Vorläuferorganisation der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), die Tarifeinheit zu erhalten. Grund war, dass die GDL den Kurs der damaligen Bahn-Tarifgemeinschaft nicht mehr mittragen wollte.

2010 forderte der damalige DGB-Chef Michael Sommer eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit. Er war sich dabei nicht zu schade, dies zusammen mit dem damals führenden Kapitalvertreter Hundt zu tun.

2014 erklärte Hoffmann in der Diskussion über ein Tarifeinheitsgesetz: „Wir brauchen eine Stabilisierung der Tarifeinheit. Wenn uns die Große Koalition dabei helfen will, nehmen wir das Angebot zur Hilfe natürlich an.“

Tarifeinheitsgesetz für wen?

2015 wurde das Tarifeinheitsgesetz (TEG)

unter der SPD-Ministerin Nahles verabschiedet. Eines seiner Ziele ist es, „kleine“ und kampfbereite Gewerkschaften (zum Beispiel GDL oder Cockpit) tarifpolitisch zu knebeln und in ihrer Existenz zu bedrohen. Damit nutzt das TEG vor allem dem Kapital und streikfernen DGB-Gewerkschaften. Kein Wunder, dass es vom DGB-Bundesvorstand mehrheitlich begrüßt wurde.

Während der DGB-Vorsitzende Hoffmann der GDL vorwirft, nur die eigene Organisation erhalten zu wollen, ist das TEG nichts anderes als ein organisatorischer Schutzbrief für auf „Sozialpartnerschaft“ getrimmte Einzel-Gewerkschaften. Daran kann er natürlich nichts Verwerfliches erkennen.

Scheinheiligkeit statt Einheit der Tarife

Das falsche Spiel des DGB-Vorsitzenden entlarvt sich selbst. In Wahrheit akzeptieren DGB-Gewerkschaften durchaus unterschiedliche Tarife in einem Unternehmen.

Wie erklären sich sonst tausende Leiharbeitsbeschäftigte, Werkvertragsbeschäftigte und andere in Großunternehmen, die

zu deutlich schlechteren Bedingungen als die Stammebelegschaften arbeiten? Wie erklären sich „abgesenkte“ Tarifregelungen in derselben Firma für Bereiche wie Kantine, Logistik oder Infrastruktur?

Vorbildlicher GDL-Streik

Der Bahnstreik 2021 hat gezeigt, dass auch in einer Krise erfolgreich gekämpft werden kann. Dass die arbeitende Klasse immer noch kampfbereit ist, sofern ihre Organisationen entschlossen handeln. Dass die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums beeinflusst werden kann. Dass das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu Gunsten der arbeitenden Klasse verändert werden kann.

Ein Arbeitskampf wie der Bahnstreik 2021 fördert das Klassenbewusstsein mehr als jeder durch bloße Verhandlungen erzielte Tarifierfolg. Das wusste bereits Willi Bleicher, der legendäre ehemalige Vorsitzende der IG Metall in Baden-Württemberg. Von ihm stammt der Satz: „10 Pfennig erkämpft sind mehr als 11 Pfennig verhandelt“.

Für uns waren dies genug Gründe, um den GDL-Streik mit kritischer Solidarität aktiv zu unterstützen. ■



Mai-Kundgebung des DGB in Mannheim, 1. Mai 2021

Foto: helmut-roos@web.de

Dokumentation „Betriebsräte im Visier“ „Mischt Euch ein!“

H. N.

Im August 2021 ist die Dokumentation der siebten bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“ vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ veröffentlicht worden. Sie enthält die wesentlichen Texte dieser am 17. Oktober 2020 in Mannheim durchgeführten Tagung. Keine Frage, das ist eine Pflichtlektüre für alle, die sich gegen BR-Mobbing wehren wollen.

Im Vorwort heißt es: „Die Corona-Pandemie scheint Unternehmensleitung zu ermutigen, noch mehr als bisher Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen zu bekämpfen. Das Virus der Gewerkschaftsbekämpfung verbreitet sich immer mehr. [...] Die Beschlusslage zum Thema BR-Mobbing ist bei IG Metall, ver.di und DGB eindeutig. Aber die praktische Abwehr der kriminellen Angriffe auf demokratisch gewählte Interessenvertretungen muss noch viel wirkmächtiger werden.“

Ernsthaftigkeit und Vielfalt

Der Inhalt der 56 Seiten umfassenden und sehr gut gestalteten Dokumentation spiegelt die beeindruckende inhaltliche Ernsthaftigkeit und Vielfalt der Tagung wider: Konferenzbericht, Grußwort des DGB, Podiumsgespräch, Fazit der Veranstaltung, Entschließung „Grund- und Menschenrechte gelten auch für Betriebsräte!“, fotografische Impressionen und vor allem drei inhaltliche Referate.

Zuerst legt Carl-Friedrich Bossert für die IG Metall unter der Überschrift „Taskforce /Anlaufstelle gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung – ein schöner Traum?“ Rechenschaft über die bisherigen Aktivitäten der Vorstandsverwaltung ab. Neben der zentralen Anlaufstelle und bezirklichen Ansprechstationen gebe es Material zur Unterstützung von Ehren- und Hauptamtlichen. Allerdings müssten dringend noch mehr personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Die Abwehr von BR-Mobbing erfordert Bossert zufolge, sich nicht auf einen isolierten Zweikampf – gemobbtes BR-Mitglied gegen mobbende Unternehmensführung – einzulassen. Entscheidend für einen Erfolg sei, Mehrheiten in der Belegschaft zu gewinnen und sich gemeinsam gegen die Kapitalinteressen zu organisieren.

Organizing als Mittel der Gegenwehr

Daran kann die Fragestellung des zweiten Schwerpunkts – „Organizing – wirksames Mittel der Gegenwehr?“ anknüpfen. Alexander Mohrlang (ebenfalls IG Metall) gibt anhand praktischer Erfahrungen überzeugende Antworten.

Organizing meint das systematische Erstellen einer betrieblichen „Landkarte“, das Erlernen des methodischen Erkennens, Ansprechens und Organisierens von möglichen Aktiven, die Aktivierung und Mobilisierung für gemeinsame Ziele und letztendlich die systematische Herausbildung einer handlungsfähigen, gewerkschaftlich organisierten Gegenmacht. Dies sei eine strategische Kernaufgabe. Mit ihr müssten sich sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte noch viel intensiver beschäftigen.

Im dritten Block „(Rechtliche) Strategien – was tun?“ beleuchtet Rechtsanwalt Dietrich Growe mit anschaulichen Beispielen die

rechtlichen Möglichkeiten. Er äußert Verständnis für den Wunsch vieler Betroffener nach einem Strafverfahren gegen die BR-Mobber. Allerdings empfiehlt er andere Schritte. Sie zielen vor allem darauf, die Belegschaft um den Betriebsrat zu sammeln und den mobbenden Chef vor weiteren Drangsalierungen zu warnen. Hilfreich könne dabei auf rechtlicher Ebene eine Abmahnung der Geschäftsleitung durch den Betriebsrat oder das Einklagen der sogenannten Geschäftsherrenhaftung wegen der Nichtverhinderung von Straftaten sein.

Wirksame Solidarität erforderlich

Im Fazit der Konferenz heißt es, dass die Existenz eines bundesweiten Netzwerks gegen BR-Mobbing Mut mache. Eine noch engere Zusammenarbeit der darin organisierten unterschiedlichen Initiativen sei allerdings erforderlich.

Zudem wird dort festgestellt: „Solidarität ist erst mal nur ein Wort. Und wir haben oft verlernt – beziehungsweise es ist uns ausgetrieben worden –, in dieser Gesellschaft solidarisch zu sein. Das ist ja das alte Erfolgsprinzip von herrschenden Systemen, von Klassensystemen. [...] Wir aber müssen wieder lernen, Solidarität wirksam werden zu lassen. [...] Macht da mit, mischt Euch ein.“ ■



Hier gibt es die Dokumentation „BR im Visier“:

www.gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/242-dokumentation-der-siebten-bundesweiten-konferenz-gegen-br-mobbing

Vor der 8. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ Im Zentrum stehen Strategien der Gegenwehr

O. T.

Am Samstag, den 16. Oktober 2021, findet ab 13 Uhr im Otto-Brenner-Saal des Gewerkschaftshauses Mannheim die 8. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt.

Im Zentrum der diesjährigen Tagung steht die Information über Strategien zur erfolgreichen Verteidigung und Durchsetzung der verbrieften Rechte von Betriebs- und Personalräten. Starke betriebliche und gewerkschaftliche Gegenmacht ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können.

In drei Analyseschwerpunkten, einem Podiumsgespräch sowie Plenumsdiskussionen, sollen die Themeninhalte dargestellt und die Ergebnisse entwickelt werden.

Die Konferenz will darüber hinaus einen nützlichen Beitrag zur weiteren Intensivierung der bundesweiten Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing leisten.

Vor allem aber soll erneut betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Unterstützung angeboten werden.

Kolleginnen und Kollegen, die selbst von BR-Mobbing betroffen sind und an den bisherigen Tagungen teilgenommen haben, geben immer wieder die Rückmeldung, wie wichtig dieser jährliche Erfahrungsaustausch für sie selbst und ihre Betriebsrats-Arbeit ist.

Die Konferenz findet unter Einhaltung der aktuellen Corona-Schutzbestimmungen – einschließlich der vorgeschriebenen Maskennutzung – als 3 G-Veranstaltung statt. Die Einhaltung der Abstandsregel erfordert allerdings eine Begrenzung der Zahl der Teilnehmenden.

Um die eigene Teilnahme gewährleisten zu können, ist eine schriftliche Anmeldung bis zum 12. Oktober 2021 erforderlich, entweder über die E-Mailadresse solidaritaet@gegen-br-mobbing.de oder per Post an Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim. ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Grundrechte verteidigen!

Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Julia Friedrich (DGB Baden-Württemberg)
Thomas Hahl (IGM Mannheim)
Inga Neumann und Friedrich Bossert (IG Metall Vorstand)
Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen

Samstag, 16. Oktober 2021

13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“,
Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln



Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 17. Oktober 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

Klinikschießungen im Neckartal Kinder im Auto gebären?

K. S.

Die Corona-Pandemie zeigt, wie unersetzlich ein gut ausgebautes Gesundheitswesen für die Gesellschaft ist. Dennoch gehen die Privatisierungen und Schließungen von Krankenhäusern im Land weiter. Ein Umdenken der Regierenden ist noch immer nicht in Sicht.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) ist das höchste Gremium der Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen. Es ist besetzt mit Vertretungen von Ärzten, Kliniken und Gesetzlichen Krankenkassen. Der G-BA-Vorsitzende Josef Hecken forderte im Juli 2021 in der *FAS* weitere Klinik-Schließungen: „Wir haben zurzeit 1.900 Krankenhäuser, 1.200 wären genug.“ Die neoliberale Bertelsmann-Stiftung geht in ihren „Studien“ noch weiter. Sie fordert, die Zahl der Kliniken auf unter 600 zu reduzieren.

Fortgesetzte Kahlschlagpolitik

Die Folgen einer solchen Kahlschlagpolitik zeigen sich schon jetzt im ländlichen Raum, zum Beispiel im Neckartal. Die Geburtshilfestationen in Eberbach und Mosbach wurden geschlossen, weil sie sich angeblich nicht „rechneten“. Seitdem gibt es im gesamten Neckartal zwischen Heidelberg und Heilbronn keine Klinik mehr, in der eine Frau ihr Kind zur Welt bringen kann.

Im Juli 2021 blieb eine Familie auf der Fahrt zur Entbindung in die Klinik nach Heidelberg (rund 30 Kilometer Wegstrecke von Eberbach) im Stau stecken. Die Geburt ihres Kindes fand daher im Auto statt. Sinnbildlich steht das für den neoliberalen Sozialabbau, der aus „Kostengründen“ die menschliche Daseinsvorsorge ins Private verschiebt. Die Kosten können so noch besser auf die arbeitende Klasse – vor allem auf alleinerziehende Frauen und auf Familien – abgewälzt werden. Die gesellschaftlichen Folgen dieser Politik kümmern die herrschende Politik jedoch nicht.

Erste Proteste

Von Schließung bedroht sind desweiteren die Kliniken in Mosbach und in Buchen. Ein Ende des Abbaus der Krankenhauslandschaft in und um das Neckartal ist also nicht in Sicht. Aus diesem Grund hat sich das „Bündnis für Krankenhaus und gute Arbeit Neckartal-Odenwald“ gegründet. Initiiert wurde es von Aktiven aus der Region, wie Arno Huth aus Mosbach, sowie Gewerkschaftsmitgliedern wie Stefan Riedel und Kai Stöhr vom DGB Hirschhorn-Neckarsteinach.

Am 17. Juli 2021 führten sie zwei Kundgebungen in Eberbach auf dem Neuen Markt und in Mosbach auf dem Marktplatz durch, um ein Ende des Klinikabbaus zu fordern. Der Erhalt einer flächendeckenden Krankenhausversorgung auch im ländlichen Raum sei notwendig. „Krankenhäuser werden schlecht gespart, ihnen werden Kompetenzen genommen, anstatt sie zu verbessern“, so Huth. „Krankenhäuser gehören aber zur Daseinsvorsorge, ihr Betrieb sollte sich nach dem Bedarf richten und nicht von der Wirtschaftlichkeit abhängen.“

Es gehe um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie den Erhalt einer ländlichen Infrastruktur. Mit der Schließung von Krankenhäusern steige die Entfernung zur nächstgelegenen Klinik. Die Anfahrzeiten für Notfälle würden länger, Rettungskräfte

und Notärzte wären durch längere Fahrzeiten noch stärker gebunden. Kurzum: Die wohnortnahe Versorgung leide unter dem Kahlschlag und den Privatisierungen im Gesundheitssystem.

Grundrecht auf Gesundheit

Auch wurden grundlegende Veränderungen hin zu einer bedarfsgerechten Finanzierung des Gesundheitssystems gefordert. In diesem Fall die Abschaffung des Systems der „diagnosebezogenen Fallgruppen“ (DRG), das als „ökonomisches“ Instrument wachsenden Druck auf die Beschäftigten im Gesundheitswesen ausübe. Profitorientiertes Denken und Handeln solle so als entscheidender Faktor in den Vordergrund gerückt werden. Der eigentliche Auftrag des ärztlichen und pflegerischen Personals, eine gute Behandlung und Versorgung der kranken Menschen sicherzustellen, werde somit immer weiter erschwert.

Die Proteste gegen Klinikschießungen und die Privatisierung des Gesundheitswesens sind von großer politischer Bedeutung. Es gilt jetzt über die lokale und regionale Ebene hinaus, eine bundesweit und international vernetzte Bewegung im Interesse nicht nur der Beschäftigten im Gesundheitswesen, sondern von uns allen aufzubauen. Gesundheit ist ein Grund- und ein Menschenrecht!



Warnstreik von Beschäftigten des Klinikums Heidelberg, 25. Januar 2018.

Mietendemo 2021 in Berlin: Ein großer Erfolg!

KARLHEINZ PASKUDA

Knapp 20.000 Menschen demonstrierten am 11. September 2021 in Berlin für eine andere Wohnungspolitik. Einen Erfolg gab es bereits im Vorfeld: Drei sehr unterschiedliche Akteur*innen einigten sich auf eine gemeinsame Demonstration und erlaubten sich gegenseitig, unterschiedliche Forderungen aufzustellen.

So war das im Februar 2021 entstandene MIETENSTOPP-Bündnis dabei: ein Zusammenschluss aus Deutscher Mieterbund (DMB), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), der Münchner Initiative „ausspekuliert“ und einiger großer Wohlfahrtsverbände. Das Ziel dieser Gruppe: Sechs Jahre Mietenstopp, um Mieter*innen zu entlasten und bis zum Ende der sechs Jahre möglichst mehr preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu haben.

Die zweite initiiierende Gruppe war die Berliner Initiative „dw-enteignen“. Sie hatte an der großen Demo ein besonderes Interesse, weil vierzehn Tage später ihr Volksentscheid zu Enteignungen der Wohnungskonzerne stattfinden sollte. (Heute wissen wir: Dieser war mit 56,4% Ja-Stimmen höchst erfolgreich.)

Als dritte Gruppe veranstalteten das Berliner und das bundesweite Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietspekulation die Demo. Dieser Zusammenschluss von Initiativen aus rund dreißig deutschen Städten fordert alle Maßnahmen, die gegen die Verdrängung der Bewohner*innen aus ihren Wohnungen in den Städten und in den Kiezen notwendig sind: einen bundesweiten Mietendeckel, die Enteignung der Immobilienkonzerne bundesweit und das Recht auf Wohnen. Kurzum: Kein Profit mit der Miete!

Gemeinsam stärker

Geleitet war dieser Zusammenschluss sehr unterschiedlicher Akteur*innen von der Erkenntnis, dass erstens alle eine andere Wohnungspolitik wollen und zweitens alle unterschiedliche Stärken einbringen können. Die Initiativen sorgten für mehr Mobilisierungskraft und die „großen Tanker“ (zum Beispiel DMB und DGB) für mehr Gehör in der medialen Öffentlichkeit so-

wie die nötige Finanzkraft, die leider für eine derartige Demo erforderlich ist.

Majorisierungsängste wurden schon frühzeitig diskutiert und ausgeräumt. Sowohl auf der Pressekonferenz im Vorfeld des 11. September als auch in der Berichterstattung während und nach der Demonstration wurden viele Ängste widerlegt. Die Medien stürzten sich nicht – wie befürchtet – nur auf die wenigen bekannten Repräsentant*innen der großen Verbände.

Ich durfte das bundesweite Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietspekulation sowohl bei der vorbereitenden Pressekonferenz am 7. September 2021 in Berlin als auch mit einem Redebeitrag bei der Auftaktkundgebung (siehe auf YouTube: <https://youtu.be/1fsbAn7uOSM>) vertreten. Es zeigte sich, dass unsere Forderungen nach einem bundesweiten Mietendeckel und bundesweiten Enteignungen der Immobilienkonzerne große Resonanz fanden.

Aus Mannheim fuhren frühmorgens

Demonstrant*innen mit einem Gruppenticket der DB AG nach Berlin. Am späten Abend kehrten sie mit interessanten Erfahrungen, neuer Motivation und gestärkter Kraft zurück. Der Mieterverein Mannheim hatte übrigens die Fahrt organisiert und finanziell gefördert.

Weiterer Druck erforderlich

Die Demo war ein Erfolg – aber gleichzeitig nur ein kleiner Schritt in die Richtung einer besseren Wohnungspolitik. Jetzt geht es erst mal darum, weiter Druck zu machen. Nur so wird es gelingen, den Erfolg der Volksabstimmung in Berlin in einen wirklichen Enteignungsprozess umzusetzen – gegen den Widerstand der Giffey-SPD und leider auch vieler Grünen-Politiker*innen. Die bundesweite Wohnungsnot bleibt groß. Widerstand muss mit langem Atem organisiert werden. Eine große Demo ist da nur ein kleiner Schritt nach vorne! ■



Mietendemo in Berlin, 11. September 2021.

Foto: Karlheinz Paskuda.

Bahnstreik und Klimabewegung

Zwei Wege – ein Ziel

R. G.

„Nach dem Arbeitskampf der GDL – ein Streik für bessere Arbeitsbedingungen und für das Klima?“ Dies war das Thema unseres Infoabends am 24. September 2021.

Die Einleitung erfolgte diesmal durch zwei Referenten: Danny Grosshans (Zweiter stellvertretender Bezirksvorsitzender der GDL Süd-West) und Florian Özcan (Aktivist der Klimagerechtigkeitsbewegung).

Auch wenn es mit der Verkehrswende eine inhaltliche Schnittmenge zwischen GDL und Klimabewegung gibt, war nicht von vornherein klar, ob diese „Mischung“ passt. Aber so war es. Die Referate waren hervorragend, und alle Teilnehmenden hörten sich offen zu und diskutierten solidarisch.

GDL-Erfolg durch Streik

Danny Grosshans konzentrierte sich auf die Entwicklung der GDL in den letzten fünfzehn Jahren und den Streik bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) 2021.

Bisher habe die GDL jeden ihrer Arbeitskämpfe gewonnen. Deswegen genieße ihre Führung bei den Mitgliedern ein großes Vertrauen. Inzwischen sei die GDL bei 58 Unternehmen (außerhalb der DB AG) tariflich verankert. So sei es unter anderem gelungen, ab 2023 ein einheitliches Tarifniveau des Zugpersonals zu erreichen. Unterschiedliche Vergütungen wären damit kein entscheidender Faktor mehr bei der Streckenausschreibung und Streckenvergabe.

Während des Arbeitskampfes hätten das Management der DB AG und viele Medien immer wieder falsche Behauptungen verbreitet. Zum Beispiel: Die GDL sei nicht kompromissbereit. Dabei wäre die ursprüngliche Forderung der GDL höher gewesen und später von der GDL auf den Abschluss des Jahres 2020 im Öffentlichen Dienst abgesenkt worden.

Das Tarifiergebnis wurde von Danny als Erfolg gewertet. Es sei gelungen, das schlechte Angebot der DB-AG abzuwehren und wichtige Forderungen der GDL durchzusetzen. Insbesondere die Corona-Einmalzahlungen und die Absicherung der Betriebsrente für die derzeit Beschäftigten hätten eine große Bedeutung.

Kampf für Klimagerechtigkeit

Florian Özcan ist Aktivist im Umfeld des Tagebaus Garzweiler II. Dieses Gebiet ist von den Aktiven zur „ZAD Rheinland“ erklärt worden. ZAD ist eine aus dem Französischen entlehnte Abkürzung von *zone à défendre* (auf Deutsch: „zu verteidigende Zone“). Gemeinsam mit lokalen Initiativen wie „Alle Dörfer bleiben“ oder „Die Kirche im Dorf lassen“ wird versucht, die weitere ökologische Zerstörung durch Garzweiler II zu verhindern.

Florians Meinung nach ist ein ökologischer Umbau der Gesellschaft ohne Überwindung des Kapitalismus nicht möglich. Hierbei vertrete er Konzepte der Basis- und Selbstorganisation, wie sie beispielhaft in seinem Camp in Lützerath gelebt würden.

Der GDL-Streik sei auch in Teilen der Klima-Bewegung diskutiert worden und gerade mit dem Bezug zu einer Verkehrswende auf Interesse gestoßen. Es sei durchaus ein Verständnis dafür vorhanden, dass ein ökologischer Umbau auch Kenntnisse und Wissen benötige, die mit der Schließung von Betrieben und der Zerstörung von Arbeitsplätzen verloren gingen. Beispielhaft nannte Florian das Bosch-Werk in München. Umso mehr sei er gerne zur Teilnahme an diesem Abend bereit gewesen.

Austausch und Vernetzung

In der Diskussion waren sich alle einig, dass GDL und Klimabewegung gerade bei der notwendigen Verkehrswende auf derselben Seite stünden. Schließlich spiele hier die Bahn eine zentrale Rolle.

Betont wurde, dass die Klimabewegung die soziale Frage nicht übergehen dürfe. Nur so könne es gelingen, die arbeitende Klasse für radikale ökologische Ziele zu gewinnen. Ebenso müsse die Klimafrage und deren gesellschaftliche Schlussfolgerungen intensiver in die Gewerkschaften eingebracht werden.

Nur wenn es am Ende gelänge, eine gemeinsame soziale und ökologische Front aufzubauen, könnten die Kräfte von Klima- und Gewerkschaftsbewegung gebündelt werden. Genau dies sei aber eine Voraussetzung, um den umweltfeindlichen Kapitalismus zu bezwingen.

Dieser Abend war inhaltlich sehr vielseitig und interessant. Aber fast noch wichtiger war, dass er auch einen kleinen Beitrag zur notwendigen Vernetzung und gemeinsamen Diskussion unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte liefern konnte. Wir von der ISO Rhein-Neckar werden genau daran weiterarbeiten. ■



FFF-Demo in Mannheim, 24. September 2021.

Foto: N. B.

Vor 100 Jahren

Der verheerende Betriebsunfall bei der BASF in Oppau

M. G.

Am 21. September 1921 findet am frühen Morgen eine katastrophale Explosion im Oppauer Stickstoffwerk der BASF statt. Mindestens 559 Menschen sterben, rund 2.000 werden zum Teil schwer verletzt. Über tausend Gebäude werden in dem angrenzenden Ludwigshafener Vorort zerstört. Selbst im 300 Kilometer Luftlinie entfernten München ist die Explosion zu hören.

Rund 400 Tonnen des Düngemittels Ammoniumsulfatnitrat explodieren. Kunstdünger ist seinerzeit der wichtigste Gewinnbringer der BASF. Eine kurzfristige Änderung des bisherigen Produktionsverfahrens lässt ein hochbrisantes Vorprodukt entstehen. Die damals übliche kontrollierte Sprengung zur Auflockerung des verfestigten Stoffs im Lagersilo gerät deshalb außer Kontrolle.

Harmlose Düngemittel?

Die gefährlichen Eigenschaften des Stickstoffdüngers kennt sein Entdecker, der Chemiker Fritz Haber, sehr genau. 1909 entwickelt er das „Haber-Bosch-Verfahren“ zur Herstellung von Ammoniak – dem Grundstoff sowohl für Sprengstoff als auch für Dünger. Haber gilt zudem als „Vater des Gaskriegs“ im Ersten Weltkrieg. Ohne ihn hätte das deutsche Kaiserreich viel früher kapitulieren müssen.

Nach dem Krieg kann die BASF die Produktion in Oppau schnell wieder auf angeblich harmlose Düngemittel umstellen. Mit diesem Trick gelingt es der profitorientierten Unternehmenslei-

tung, sich der nach dem Versailler Friedensvertrag vorgeschriebenen Kontrollen zu entziehen. Dadurch wird wahrscheinlich die Entdeckung des explosiven Vorprodukts verhindert und die Katastrophe erst ermöglicht. ■



Zerstörungen im Oppauer BASF-Werk nach dem 21. September 1921.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 07.10.2021, 15:00 Uhr, Überbetrieblichen Solikomitee*
- SO, 10.10.2021, 11:00 Uhr, Virtuelle Bildungsreihe der ISO
- MO, 11.10.2021, 19:00 Uhr, Kolonialismus, Konkordien MA*
- DI, 12.10.2021, 20:00 Uhr, Konzert Bernd Köhler, Capitol MA
- MI, 13.10.2021, 19:00 Uhr, Brasilienveranstaltung, Gewerkschaftshaus MA*
- SA, 16.10.2021, 12:00 Uhr, 8. Bundeskonferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA*
- DI, 19.10.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 21.10.2021, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee*
- FR, 22.10.2021, Klimastreik*
- FR, 22.10.2021, 19:00 Uhr, Aktueller ISO-Infoabend*
- FR, 29.10.2021, 12:00 Uhr, Abfahrt ab Gewerkschaftshaus MA zur IGM-Demo in Stuttgart*
- SO, 31.10.2021, 13:00 Uhr, Herbstausflug der ISO Rhein-Neckar*

Vorschau:

- SA, 13.11.2021, 13:00 Uhr, ISO-Seminar zu BR-Wahlen 2021*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

